

Thomas Feltes

Bürgernahe Polizeiarbeit, Null-Toleranz-Strategien und die Rolle der Kommune

Sicherheit in einer Gemeinde hat verschiedene Facetten und ist das Ergebnis von Bemühungen verschiedenster Institutionen - auch, aber nicht nur der Polizei. Dies ist als wichtiger Grundsatz zu berücksichtigen, wenn mehr innere Sicherheit in der Gemeinde hergestellt werden sollen. Dabei darf nicht verkannt werden, daß das subjektive Sicherheitsgefühl ein wesentlicher, möglicherweise sogar der wesentlichste Bestandteil dessen ist, was als "Lebensqualität" in postmodernen Zeiten gehandelt wird. Ein angenehmes Lebensumfeld trägt zu dieser Lebensqualität ebenso bei wie befriedigende (und angemessen bezahlte) Arbeit und persönliche Zufriedenheit. Ein besonders wichtiger Faktor ist dabei die Einschätzung, daß man ohne Furcht vor Straftaten wohnt und lebt und ohne Angst die öffentlichen Straßen und Plätze benutzen kann. Die Aufgabe der Polizei ist dabei zweigeteilt: Einerseits muß sie subjektiv empfundene Verbrechensfurcht abbauen (helfen), wo sie objektiv unberechtigt ist; andererseits muß sie dort, wo tatsächlich Problemzonen bestehen, auf eine Änderung der realen Gegebenheiten hinwirken und dabei mit anderen Institutionen im Gemeinwesen und der Gemeindeverwaltung zusammenwirken. Entsprechend haben die politisch und administrativ für eine Gemeinde Verantwortlichen die Aufgabe, die bereits vorhandenen Aktivitäten in der Kommune zu bündeln und - in Abstimmung mit der Polizei - ggf. neue zu initiieren.

Offensichtlich ist dabei die Furcht vor Kriminalität für das Gros der Bundesbürger von eher untergeordneter Bedeutung, ein kleiner Personenkreis fühlt sich aber durch "Kriminalität" in starkem Maße bedroht und in seiner Lebensqualität eingeschränkt. Dies sind (bekanntermaßen) ältere, zunehmend aber auch jüngere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die in verschiedenen Umfragen (z.B. von der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg - s. dazu den Beitrag von Dölling in diesem Heft) nachgewiesene relativ hohe Furchtausprägung der 14- bis unter 20jährigen Männer bzw. der unter 25jährigen Frauen und eine damit einhergehende Tendenz zum Vermeideverhalten vor allem bei Frauen weist hin auf eine Beeinträchtigung der städtischen Lebensqualität, wie sie als Begleiterscheinung des Funktionswandels der Innenstädte (Dominanz der 'Supermarkt- und Schnellimbibé'- Funktion bei Verlust der Wohn- und Kommunikationsfunktion) auch Gemeinden mit reicher historischer Tradition betrifft. Die wahrgenommene Gefährdung durch Kriminalität ist dabei nur ein (und keinesfalls der dominierende) Aspekt der Entwicklung der städtischen Lebensumwelt. Dies belegt die deutliche Dominanz der städtischen Verkehrsproblematik in der Problembeurteilung der Bürger; angesichts der Größenordnung des Opferrisikos im Straßenverkehr, das erheblich über demjenigen der 'klassischen' Kriminalität liegt, verdienen die Probleme der Verkehrssicherheit gerade unter präventiven Gesichtspunkten besondere Aufmerksamkeit.

Fast immer meinen die Bürger übrigens, daß "mehr Polizei auf der Straße" geeignet sei,

die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Gleichzeitig setzen sie aber bei der Analyse der Ursachen der Kriminalität andere Schwerpunkte. Hier werden eine verfehlte Sozial-, Wohnungs- oder Arbeitspolitik genannt sowie fehlende Freizeitmöglichkeiten, gleichzeitig wird aber nach der Polizei zur "Beseitigung" dieser Probleme gerufen. Dieses Ergebnis ist auch deshalb paradox, weil wir aus verschiedenen Studien wissen, daß sich die Bürger in ihrem eigenen Wohngebiet in der Regel sicher fühlen und sich in anderen Bereichen der Stadt (zumeist innerstädtischen Bereichen) deutlich mehr fürchten. Damit wird folgendes Dilemma deutlich: Von den Bürgern werden als Ursachen für die (vermutete) Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische, soziale und (infra)strukturelle Ursachen genannt, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme am häufigsten der Ausbau der polizeilichen Präsenz vorgeschlagen wird. Wenn man so will, haben die Bürger die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen internalisiert, wonach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen können, obwohl ihre eigene Analyse der Situation in ganz andere Richtungen weist.

In gewisser Hinsicht vergleichbare Tendenzen zeichnen sich bei aktuellen Befragungen in den USA ab, die dort als "Fragmentierung der Gesellschaft" interpretiert werden. Im Ergebnis kann dieses Paradoxon dazu führen, daß sich die Bürger nur noch um ihre eigenen Belange kümmern (auf die sie, wie sie glauben, Einfluß nehmen können) und sich gegen allgemeingesellschaftliche Veränderungen (z.B. im Erziehungs- oder Sozialbereich) wehren, wenn diese für sie persönlich negative (z.B. auch finanzielle) Auswirkungen haben. Diesen strukturellen Egoismus einer fragmentierten Gesellschaft muß man als Bedrohung demokratischer Strukturen ansehen, weil Demokratie vom Miteinander und Füreinander lebt. Der Rückzug in die Individualität wird mittelfristig zur Erosion selbst bislang stabiler Demokratien führen. Ohne die Wiederbelebung der Nachbarschaften gerade in strukturell problematischen und kriminalitätsbelasteten Gebieten wird eine dauerhafte positive Veränderung nicht nur im Bereich der Kriminalität nicht möglich sein. So beginnt man zu erkennen, daß sich zunehmend bürgernahe Polizeiarbeit als die einzige Form von Polizeiarbeit herauskristallisiert, mit der ebenso die Qualität polizeilicher Arbeit, das Verhältnis der Polizei zum Bürger, die Motivation der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie die Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen verbessert werden kann. Unmittelbares Engagement der Polizei für die Probleme der Bürger und unmittelbarer Kontakt mit ihnen, flexible und gemeinsam gefundene Antworten auf die Herausforderungen der lokalen Gefährdung der inneren Sicherheit, ein neues Verständnis von Polizeiführung - dies alles verbirgt sich hinter dieser neuen Polizeiphilosophie, die weit mehr ist als eine neue Technik zur Problembewältigung oder Mitarbeiterführung. Der von New York mit massiver publizistischer Unterstützung ausgehende und hierzulande teilweise mit offenen Armen aufgenommene Versuch, die "Null-Toleranz"-Strategie auch auf deutsche Verhältnisse zu übertragen und mit dem, was wir unter "bürgernahe Polizeiarbeit" verstehen,

gleichzusetzen, ist gefährlich und muß scheitern. Er kann sogar zu einer Zersplitterung und weiteren Fragmentierung unserer Gesellschaft führen, weil ganze Bevölkerungsgruppen dadurch ausgegrenzt werden. Eine Gesellschaft, die aber damit beginnt, einzelne Gruppen (und sei es auch nur teilweise) auszugrenzen, zerstört das Fundament, auf dem sie erbaut ist. Statt von New York lernen oder gar wie dort "aufräumen" zu wollen, sollte besser versucht werden zu reflektieren, wieso gerade dieser Ansatz teilweise Zustimmung findet und andere, strukturell angelegte Modelle, die an den eigentlichen Ursachen ansetzen, wenig Beachtung finden. Eine schnelle Lösung ist in der Regel eine schlechte Lösung. Dies gilt auch und gerade für die Kriminalitätsbekämpfung.

Literaturhinweis:

Gunther Dreher, Thomas Feltes (Hrsg.), Das Modell New York: Kriminalprävention durch 'Zero Tolerance'? Beiträge zur aktuellen kriminalpolitischen Diskussion. 204 Seiten, DM 49.- (ISBN 3-927983-12-8). Eine dritte, überarbeitete und aktualisierte Auflage erscheint Anfang 1999.

6.400 Zeichen